

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Eid und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/5066 —

Offizieller Empfang des Homeland-Chefs Gatsha Buthelezi durch die
Bundesregierung

Der Bundesminister des Auswärtigen – 011 – 300.14 – hat mit Schreiben vom 25. März 1986 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wer hat den Homeland-Verwaltungschef Buthelezi in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen? Wer hat den Empfang durch den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler arrangiert?

Der Führer der Inkatha-Bewegung, Chief Buthelezi, hat die Bundesrepublik Deutschland auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung besucht, die auch die Programmgestaltung und die organisatorische Abwicklung des Besuchs vorgenommen hat.

Alle organisatorischen Vorbereitungen des Besuchs erfolgten durch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Der Bundespräsident hat Chief Buthelezi nicht empfangen.

2. Bei wem und auf welche Weise hat sich die Bundesregierung und hat sich der Bundespräsident zuvor über die Inkatha-Organisation und die Rolle des Gatsha Buthelezi in der südafrikanischen Politik informiert?

Die Bundesregierung informiert sich aus einer Vielzahl von Quellen über innen- und außenpolitische Entwicklungen in allen Teilen der Welt. Dies gilt auch für Südafrika und die Aktivitäten der verschiedenen Oppositionsgruppen der nichtweißen Bevölkerungsmehrheit.

3. Hat die Bundesregierung die Berichte über zahlreiche Übergriffe, Morde und Gewaltakte der Inkatha-Organisation gegen Angehörige von Oppositionsgruppen, vor allem in Natal, zur Kenntnis genommen (siehe z. B. die Studie des Institutes for Black Research: „Special Report: Unrest in Natal“, August 1985, herausgegeben von Fatima Meer), und welche Schlüsse zieht sie daraus?

Die Bundesregierung verfolgt mit großer Besorgnis die innenpolitischen Spannungen in Südafrika, deren Ursache Apartheid und Rassendiskriminierung sind. Sie lehnt Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele entschieden ab. Dies gilt auch für die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Oppositionsgruppen, die nicht nur in Natal, sondern auch in anderen Teilen Südafrikas zu beobachten sind. Nach Auffassung der Bundesregierung sind in diesem Zusammenhang einseitige Schuldzuweisungen nicht gerechtfertigt.

4. Welches Ziel verfolgt die Bundesregierung mit dem offiziellen Empfang eines Homeland-Verwaltungschefs?

Die Bundesregierung hat mit Chief Buthelezi Gespräche in seiner Eigenschaft als südafrikanischer Oppositionspolitiker und Führer der Inkatha-Bewegung, die sich für eine gewaltfreie Überwindung der Apartheid einsetzt, geführt. Es gehört zu den erklärten Zielen der Südafrika-Politik der Bundesregierung, nicht nur den kritischen Dialog mit der weißen Minderheitsregierung in Südafrika zu führen, sondern ihre Kontakte mit allen politisch und gesellschaftlich relevanten Kräften Südafrikas zu verstärken, um damit einen konstruktiven Beitrag zur friedlichen Überwindung der Apartheid zu leisten.

5. Impliziert der offizielle Empfang von Buthelezi eine Anerkennung des von ihm verwalteten Homelands und damit des Homeland-Systems, dessen Fortbestand der südafrikanische Staatspräsident Botha gerade erst in seiner Rede vom 31. Januar 1986 bestätigt hat?

Nein. Die Bundesregierung lehnt zusammen mit ihren westlichen Verbündeten die südafrikanische Homeland-Politik entschieden ab.

6. Welche Gründe sprechen dafür, Gatscha Buthelezi zu empfangen, anstatt z. B. den Präsidenten des ANC, Oliver Tambo?

Die Bundesregierung sieht in Chief Buthelezi einen wichtigen Vertreter der nichtweißen Mehrheit Südafrikas. Seine Auffassungen sind für die Meinungsbildung der Bundesregierung von Wichtigkeit.

7. Beabsichtigt die Bundesregierung, Nelson Mandela als den repräsentativen Vertreter der nichttrassistischen südafrikanischen Bevölkerungsmehrheit einzuladen? Wenn ja, welche Schritte wurden diesbezüglich unternommen? Wenn nein, warum nicht?

Gemeinsam mit ihren westlichen Partnern setzt sich die Bundesregierung für die bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika ein. Solange Nelson Mandela nicht freigelassen ist, stellt sich die Frage einer Einladung nicht.

8. Warum hat der Bundeskanzler und der Bundespräsident beispielsweise keine Gespräche mit dem SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma geführt, der im vergangenen Jahr als Gast der Fraktion DIE GRÜNEN und der Informationsstelle Südliches Afrika in Bonn weilte?

SWAPO-Präsident Nujoma hat – soweit bekannt – weder um ein Gespräch mit dem Bundeskanzler noch um ein Gespräch mit dem Bundespräsidenten gebeten.

9. Wie hoch sind die Mittel aus dem Bundeshaushalt, die in den letzten drei Jahren ggf. über politische Stiftungen an Gatsha Buthelezi und/oder die Inkatha-Organisation geflossen sind?

In den Jahren 1983 bis 1985 sind aus dem Bundeshaushalt (Kapitel 23 02 Titel 686 04) für zwei Projekte einer politischen Stiftung zugunsten der Inkatha-Organisation insgesamt 1,15 Mio. DM ausgezahlt worden.

10. Für welche Maßnahmen und Projekte welcher Organisationen und Stiftungen (beispielsweise der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung) wurden jeweils wieviel Deutsche Mark aus dem Bundeshaushalt aufgebracht?

Die Bundesregierung hat die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestages laufend über die Projekte informiert. Auf diese Unterrichtungen wird verwiesen.

11. Presseberichten zufolge wird Gatsha Buthelezi auch vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Warnke, empfangen.

Bedeutet dies eine Vorbereitung von Entwicklungshilfeprojekten seitens der Bundesregierung möglicherweise für das Homeland KwaZulu?

Nein, an die Vorbereitung von Entwicklungshilfeprojekten der Bundesregierung für das Homeland KwaZulu ist nicht gedacht.

12. Wird die Bundesregierung bei ihren Gesprächen mit Gatscha Buthelezi diesen auf seine Verantwortung für die Gewaltakte der von ihm angeführten Inkatha-Bewegung ansprechen?

Die Bundesregierung hat in ihren Gesprächen mit Chief Buthelezi nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie die Eskalation der Gewalt in Südafrika mit großer Sorge beobachtet und daß sie jede Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele entschieden ablehnt.